



LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 20. MAI 2017

ERGÄNZUNG ZUM ANTRAGSBUCH

MIT DEN EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSKOMMISSION

(Ergebnisse aus der Sitzung am 15. Mai 2017)

Die im Antragsbuch und in der Liste mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen.

Alle Anträge auch online unter <http://parteitag.spd.berlin>

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 01/I/2017</u>	Wiedervorlage von überwiesenen Anträgen	Teil 1	1	Erledigt durch Beschlusslage (Antrag 07/I/2016) (K)	
<u>Antrag 02/I/2017</u>	Wiedervorlage von überwiesenen Anträgen	Teil 1	1	Erledigt durch Beschlusslage (Antrag 07/I/2016) (K)	
<u>Antrag 03/I/2017</u>	Förderung der ehrenamtlichen Parteiarbeit	Teil 1	2	Überweisung an: Statutenkommission (K)	
<u>Antrag 02/III/2016</u>	Änderung Anfechtungsfristen	Teil 1	4	Überweisung an: BT-Fraktion (K)	
<u>Antrag 04/I/2017</u>	Gleiche Arbeit - Gleicher Lohn	Teil 1	6	Erledigt bei Annahme 05/I/2017 (K)	
<u>Antrag 05/I/2017</u>	Gleiche Arbeit - Gleicher Lohn	Teil 1	7	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 06/III/2016</u>	Silicon - Allee	Teil 1	8	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 06/I/2017</u>	Keine tarifvertragsfreien Zonen im Land Berlin	Teil 1	11	Erledigt bei Annahme 07/I/2017 (K)	
<u>Antrag 07/I/2017</u>	Prekäre Beschäftigung und tarifvertragsfreie Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin abschaffen	Teil 1	13	Annahme (K)	
<u>Antrag 08/I/2017</u>	Prekäre Beschäftigung und tarifvertragsfreie Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin abschaffen	Teil 1	16	Erledigt bei Annahme 07/I/2017 (K)	
<u>Antrag 09/I/2017</u>	Prekäre Beschäftigung an Hochschulen	Teil 1	18	erledigt durch tätiges Handeln (K)	
<u>Antrag 10/I/2017</u>	Tarifliche Entlohnung für Lehrkräfte von Integrationskursen	Teil 1	19	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Mehr Geld für Lehrkräfte von Integrationskursen Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages auf, sicherzustellen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Erhöhung der Pauschale pro Kursteilnehmer*in und Unterrichtseinheit vom 1. Juli 2016 auch tatsächlich an die Lehrkräfte von Integrationskursen weitergibt.
<u>Antrag 11/I/2017</u>	Tarifliche Gleichstellung bei Lehrkräften in Willkommensklassen	Teil 1	20	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 12/I/2017</u>	Überfällige Tarifsteigerungen für Frauenprojekte	Teil 1	20	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 13/I/2017</u>	Kein fiktives Mindesteinkommen für freiwillig gesetzlich Versicherte	Teil 1	21	Annahme (K)	
<u>Antrag 14/I/2017</u>	Betriebsrat - Betriebliche Mitbestimmung braucht eine Imagekampagne	Teil 1	22	Annahme (K)	
<u>Antrag 15/I/2017</u>	Betriebe daran hindern Betriebsräte zu verhindern!	Teil 1	25	Annahme (K)	
<u>Antrag 16/I/2017</u>	Dem Kündigungsgrund „Gewerkschaftliches Engagement“ entgegenzutreten!	Teil 1	26	Erledigt (K)	
<u>Antrag 17/I/2017</u>	Lohnraub verhindern; unbezahlte Überstunden verbieten	Teil 1	27	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Wir fordern die SPD dazu auf, schnellstmöglich eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die Arbeitgeber*innen zur Auszahlung (auch in Form von Freizeitausgleich) jeder Überstunde verpflichtet.
<u>Antrag 18/I/2017</u>	Widerrufsrecht im Arbeitsverhältnis - Überrumpelungen in Arbeitsverhältnissen verhindern	Teil 1	27	Annahme (K)	
<u>Antrag 19/I/2017</u>	Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken!	Teil 1	29	Annahme (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 20/I/2017</u>	Stärkung der Industriekultur fortsetzen und verstetigen!	Teil 1	30	Überweisung an FA VII Wirtschaft, Arbeit, Technologie + FA XII Kulturpolitik (K)	
<u>Antrag 21/I/2017</u>	Stärkung der Industriekultur fortsetzen und verstetigen!	Teil 1	32	Rücküberweisung an Antragsteller (K)	
<u>Antrag 22/I/2017</u>	Traditionsschifffahrt erhalten	Teil 1	34	Annahme (K)	
<u>Antrag 23/I/2017</u>	Thesen zu Transparenz und Lobbyismus in der Politik	Teil 1	35	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 24/I/2017</u>	Transparenz und Lobbyismus in der Politik	Teil 1	36	Erledigt bei Annahme 23/I/2017 (K)	
<u>Antrag 25/I/2017</u>	WC - Infrastruktur	Teil 1	41	Erledigt bei Annahme 26/I/2017 (K)	
<u>Antrag 26/I/2017</u>	WC - Infrastruktur	Teil 1	41	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 68/III/2016</u>	Altersgrenze Ermäßigungstarif Bäderbetriebe	Teil 1	42	Annahme (K)	
<u>Antrag 08/III/2016</u>	GSW Wohnungsbestände re - kommunalisieren	Teil 1	44	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 134/I/2017</u>	Bezahlbares Wohnen für alle – eine Gemeinschaftsaufgabe	TV	TV	Annahme (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 27/I/2017</u>	Berlin als soziale Stadt der Mieterinnen und Mieter - nicht als Stadt der Wohnraumspekulation	Teil 1	44	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 28/I/2017</u>	Berlin als soziale Stadt der Mieter*innen - nicht als Stadt der Wohnraumspekulation	Teil 1	47	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 29/I/2017</u>	Keine weiteren Mikroapartments in Berlin! Für eine soziale Wohnungspolitik!	Teil 1	55	Überweisung an: FA VIII – Soziale Stadt (K)	
<u>Antrag 30/I/2017</u>	Keine Umlage von Anschaffungs - und Installationskosten	Teil 1	56	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 31/I/2017</u>	Zur Verfahrensweise mit der Betriebskostenart „Haftpflichtversicherung“	Teil 1	56	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 32/I/2017</u>	Zur Verfahrensweise mit der „Kleinreparaturklausel“ in Mietverträgen	Teil 1	58	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 33/I/2017</u>	Mieterrechte stärken - Gruppenklagerechte prüfen	Teil 1	59	Erledigt bei Annahme 134/I/2017 (K)	Siehe Tischvorlage 134/I/2017
<u>Antrag 34/I/2017</u>	Mehr Licht in Berlin!	Teil 1	59	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 35/I/2017</u>	Revolvierender Fonds - zusätzliche Säule des sozialen Wohnungsbaus	Teil 1	60	Erledigt durch Gesetzeslage (K)	
<u>Antrag 36/I/2017</u>	Immobilienpekulation bekämpfen	Teil 1	61	Annahme (K)	
<u>Antrag 37/I/2017</u>	Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund auch nach 2019 ermöglichen	Teil 1	63	Annahme (K)	
<u>Antrag 69/III/2016</u>	Mietspiegel wird Bestandteil jedes neuen Mietvertrages	Teil 1	64	Annahme (K)	
<u>Antrag 10/III/2016</u>	Keine Schulprivatisierung	Teil 1	65	Vom Antragsteller zurückgezogen	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 12/III/2016</u>	Gemeinschaftsschulen konsequent ausbauen	Teil 1	68	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 15/III/2016</u>	Attraktivität der beruflichen Ausbildung sichern und stärken: Schluss mit der Ausschließlichkeit von Ausbildung und Studium!	Teil 1	69	Rücküberweisung an Antragsteller zwecks Konkretisierung + Überweisung an FA V Stadt des Wissens (AG Berufliche Bildung)	
<u>Antrag 17/III/2016</u>	Ausbildungsplatzgarantie jetzt!	Teil 1	70	Erledigt durch Beschlusslage (K)	
<u>Antrag 18/III/2016</u>	Berufsschulen/Oberstufenzentren besser machen!	Teil 1	71	Rücküberweisung an Antragsteller + Überweisung an FA V Stadt des Wissens (AG Berufliche Bildung)	
<u>Antrag 19/III/2016</u>	Mitbestimmung sollte keine Ausnahme sein - JAV in jedem Ausbildungsbetrieb!	Teil 1	73	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 30/II/2015</u>	Gleichstellung von Fachlehrer*innen mit Handwerksmeisterabschluss	Teil 1	74	Vom Antragsteller zurückgezogen	
<u>Antrag 38/I/2017</u>	Schulneubau und Schulsanierung in Berlin - ohne Schattenhaushalte, in öffentlicher Verantwortung	Teil 1	76	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Schulneubau und Schulsanierung in Berlin – ohne Schattenhaushalte, in öffentlicher Verantwortung Die SPD Berlin begrüßt die Aktivitäten des Senats, dass Schulgebäude und -grundstücke weiter im öffentlichen Eigentum stehen, da Schulen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören. Dazu gehört es auch, dass Sanierung, Ausbau, Neubau und Erhalt durch öffentliche Verwaltungen und im öffentlichen Recht erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus öffentlichen Mitteln. Jegliche Form öffentlich-privater Partnerschaften ist ausgeschlossen.
<u>Antrag 39/I/2017</u>	Rekommunalisierung der Schulreinigung	Teil 1	79	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Rekommunalisierung der Schulreinigung Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin werden aufgefordert, zu prüfen, ob es mit Blick auf den derzeitigen Ausschreibungsstatus Quo möglich ist, die Schulreinigung personell und sächlich teilweise oder ganz wieder in die Verantwortung der Berliner Bezirke bzw. des Landes zu geben.
<u>Antrag 40/I/2017</u>	Weg von den Flurschulen - Berlin soll Vorreiter für innovativen Schulbau werden	Teil 1	80	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Änderung Überschrift: Berlin soll Vorreiter für innovativen Schulbau werden
<u>Antrag 41/I/2017</u>	Abitur - Statistik soll objektiven Schulvergleich darstellen	Teil 1	81	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 42/I/2017</u>	Gleiche Chancen für alle: Schulabschlüsse müssen bundesweit vergleichbar sein!	Teil 1	82	Ablehnung (Kein Konsens)	
<u>Antrag 43/I/2017</u>	Kooperationsverbot aufheben - Gemeinschaftsschulen und Ganztagsbetrieb bundesweit ausbauen	Teil 1	83	Annahme (K)	
<u>Antrag 44/I/2017</u>	Unterstützung von Willkommensklassen durch soziale Kompetenz zur Förderung der Kinder und zur Stärkung der Integrationsleistungen	Teil 1	85	Rücküberweisung an Antragsteller (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 45/I/2017</u>	Förderung von Lokalen Bildungsverbünden und Unterstützung sozialräumlich orientierter Bildungsmanagementstrukturen	Teil 1	86	Überweisung 1. Absatz an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 46/I/2017</u>	Schulsozialarbeit an allen Schulen	Teil 1	87	Erledigt durch Beschlusslage (K)	
<u>Antrag 47/I/2017</u>	Finanzielle Untersetzung der Inklusion	Teil 1	88	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 48/I/2017</u>	Schüler*innen den Zugang zu digitaler Bildung ermöglichen um Chancengleichheit zu schaffen	Teil 1	89	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Änderung Zeile 15: "mit Mikrocontrollern"
<u>Antrag 49/I/2017</u>	Religiöse Neutralität auch im Berliner Schulgesetz verankern	Teil 1	90	Überweisung an: FA V – Stadt des Wissens (K)	
<u>Antrag 50/I/2017</u>	Verankerung der Akzeptanzförderung von Vielfalt im Berliner Schulgesetz	Teil 1	91	Überweisung an: FA V – Stadt des Wissens (K)	
<u>Antrag 51/I/2017</u>	Verankerung der Akzeptanzförderung von Vielfalt im Berliner Schulgesetz	Teil 1	92	Überweisung an: FA V – Stadt des Wissens (K)	
<u>Antrag 52/I/2017</u>	Musikschulen	Teil 1	93	Erledigt (K)	
<u>Antrag 70/III/2016</u>	Zugang zu Berufsschulen für Gewerkschaften	Teil 1	94	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Die sozialdemokratischen Mitglieder in Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit den Gewerkschaften der Grundsatz des Zugangs zu den Berliner Berufsschulen und Oberstufenzentren gewährleistet bleibt .
<u>Antrag 53/I/2017</u>	Europäisches Parlament - mehr parlamentarische Demokratie für Europa	Teil 1	95	Annahme (K)	
<u>Antrag 54/I/2017</u>	Kitapersonaloffensive jetzt	Teil 1	98	Annahme (K)	
<u>Antrag 26/III/2016</u>	Betriebserlaubnis für Geflüchtetenunterkünfte und Erstaufnahmestellen mit Kindern und Jugendlichen verpflichtend einführen	Teil 2	99	Annahme (K)	
<u>Antrag 28/III/2016</u>	Ausweitung des „Welcome to Berlin Tickets“	Teil 2	101	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Das „Welcome to Berlin Ticket“ für Geflüchtete ist für die Dauer des Verbleibs im Asylbewerberleistungsgesetz für die Nutzung des ÖPNV kostenfrei auszustellen, um die Mobilität sicherzustellen.
<u>Antrag 55/I/2017</u>	Geflüchteten Kindern wohnortnah Schulunterricht ermöglichen	Teil 2	102	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Kinder von Geflüchteten müssen in Regelschulen unterrichtet werden. Solange Flüchtlinge in Unterkünften untergebracht sind, ist darauf zu achten, dass die eingeschulten Kinder mit ihren Familien in unmittelbarer Schulinähe verbleiben.
<u>Antrag 56/I/2017</u>	Geflüchteten Kindern zeitnah Schulunterricht ermöglichen	Teil 2	103	Erledigt bei Annahme 55/I/2017 (K)	
<u>Antrag 57/I/2017</u>	Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem Grundgesetz	Teil 2	103	Annahme (K)	
<u>Antrag 58/I/2017</u>	Familiennachzug ermöglichen im Einklang mit dem Grundgesetz	Teil 2	103	Erledigt bei Annahme 57/I/2017 (K)	
<u>Antrag 59/I/2017</u>	Familiennachzug auch für subsidiär Schutzberechtigte ermöglichen	Teil 2	104	Erledigt bei Annahme 57/I/2017 (K)	
<u>Antrag 60/I/2017</u>	Einwanderungsgesetz - Überarbeitung notwendig	Teil 2	105	Annahme (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 61/II/2015</u>	Jungen Geflüchteten helfen statt Menschenbeschau!	Teil 2	107	Überweisung an FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (K)	
<u>Antrag 61/I/2017</u>	Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik in der EU	Teil 2	108	Annahme (K)	
<u>Antrag 62/I/2017</u>	Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik in der EU	Teil 2	111	Erledigt bei Annahme 61/I/2017 (K)	
<u>Antrag 63/I/2017</u>	Staaten in die Pflicht nehmen	Teil 2	114	Annahme (K)	
<u>Antrag 64/I/2017</u>	Dublin IV ablehnen!	Teil 2	116	Annahme (K)	
<u>Antrag 65/I/2017</u>	Keine Abschiebungen nach Afghanistan - Berlin leistet Widerstand gegen lebensbedrohliche Abschiebepläne	Teil 2	117	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Neubewertung der Lage in Afghanistan vorgenommen und ein bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen wird. Dabei nimmt das Land Berlin eine Vorreiterrolle ein, wobei im Regelfall keine Abschiebungen nach Afghanistan vorgenommen wird.
<u>Antrag 31/III/2016</u>	Demokratische Gesellschaft anstelle von Denkmälern des Vermögens	Teil 2	119	Überweisung an: ASJ (K)	
<u>Antrag 66/I/2017</u>	Gerechtes Steuersystem	Teil 2	122	Annahme (K)	
<u>Antrag 67/I/2017</u>	Kapitalsteuer	Teil 2	125	Erledigt bei Annahme 66/I/2017 (K)	
<u>Antrag 68/I/2017</u>	Kartellstrafen künftig für Verbraucherschutz nutzen	Teil 2	127	Annahme (K)	
<u>Antrag 69/I/2017</u>	Ehrenamtliche Mitarbeit für soziale Zwecke mit steuerlich absetzbaren Spendenbescheinigungen für die nächste Legislaturperiode	Teil 2	128	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 132/I/2017</u>	Erhöhung des steuerfreien Grundfreibetrags	Teil 2	129	Erledigt bei Annahme 66/I/2017 (K)	
<u>Antrag 68/II/2014</u>	Vorurteile gegenüber Personal mit Migrationshintergrund in Kranken - und Pflegeeinrichtungen gezielt bekämpfen!	Teil 2	130	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 70/I/2017</u>	Die Bürgerversicherung nach der Bundestagswahl 2017	Teil 2	131	Erledigt bei Annahme 72/I/2017 (K)	
<u>Antrag 71/I/2017</u>	Die Bürger*innenversicherung nach der Bundestagswahl 2017	Teil 2	133	Erledigt bei Annahme 72/I/2017 (K)	
<u>Antrag 72/I/2017</u>	Der Weg in die Bürgerversicherung - pragmatisch und praxistauglich	Teil 2	136	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 73/I/2017</u>	Wohnortnahe vor - und nachgeburtliche Versorgung sicherstellen	Teil 2	139	Erledigt bei Annahme 74/I/2017 (K)	
<u>Antrag 74/I/2017</u>	Wohnortnahe vor - und nachgeburtliche Versorgung sicherstellen	Teil 2	140	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 75/I/2017</u>	Wohnortnahe vor - und nachgeburtliche Versorgung in allen Berliner Bezirken.	Teil 2	141	Annahme (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 76/I/2017</u>	Förderprogramm für barrierefreie Arztpraxen	Teil 2	141	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Barrierefreie Arztpraxen sicherstellen Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, im Gespräch mit KÄV und Ärztekammern sicherzustellen, dass die Berliner Arztpraxen barrierefrei zugänglich sind.
<u>Antrag 77/I/2017</u>	Übernahme des halben Krankenversicherungsbeitrages für Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	Teil 2	142	Annahme (K)	
<u>Antrag 78/I/2017</u>	Finanzierung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung	Teil 2	143	Annahme (K)	
<u>Antrag 79/I/2017</u>	Finanzierung von Dolmetscher*innen und Sprachmittler*innen in der medizinischen Versorgung	Teil 2	144	Erledigt bei Annahme 78/I/2017 (K)	
<u>Antrag 80/I/2017</u>	Häusliche und sexuelle Gewalt erkennen und handeln	Teil 2	144	Annahme (K)	
<u>Antrag 81/I/2017</u>	Prä - Expositionsprophylaxe (PrEP)	Teil 2	147	Überweisung an FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (K)	
<u>Antrag .71/II/2015</u>	Fasst Euch ein Herz - Organspendepraxis verbessern	Teil 2	149	Abschnitt 1) Kein Votum der Antragskommission – Abschnitt 2): Annahme (K)– Abschnitt 3) Überweisung an ASG (K)– Abschnitt 4) Überweisung an ASG (K)	
<u>Antrag 74/III/2016</u>	Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht einschränken!	Teil 2	153	Erledigt (K)	
<u>Antrag 82/I/2017</u>	Inklusionsplan der SPD Berlin 2017	Teil 2	153	Annahme (K)	
<u>Antrag 84/I/2017</u>	Gendergerechte Sprache im Bezirksverwaltungsgesetz einführen	Teil 2	155	Annahme (K)	
<u>Antrag 85/I/2017</u>	Frauenrechtskonvention: Konsistente zielorientierte Gleichstellungspolitik	Teil 2	155	Annahme (K)	
<u>Antrag 86/I/2017</u>	Equal Pay Day zukünftig an Neujahr feiern	Teil 2	157	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Änderung Überschrift: Resolution: Equal Pay Day zukünftig an Neujahr feiern Änderung Seite 160 Zeile 5: "fordern wir" in "ist" Ergänzung Seite 160 Zeile 12 nach "Frauen: "in Vorständen und Aufsichtsräten"
<u>Antrag 87/I/2017</u>	She Decides	Teil 2	160	Annahme (K)	
<u>Antrag 88/I/2017</u>	Finanzielle und politische Unterstützung der Initiative „She decides“	Teil 2	161	Erledigt bei Annahme 87/I/2017 (K)	
<u>Antrag 89/I/2017</u>	Finanzielle und politische Unterstützung der Initiative „She decides“	Teil 2	163	Erledigt bei Annahme 87/I/2017 (K)	
<u>Antrag 90/I/2017</u>	Frauen im Berliner Beitrag des Humboldt - Forums mitdenken	Teil 2	165	Rücküberweisung an Antragsteller (K)	
<u>Antrag 37/III/2016</u>	Das Extremismusdogma abschaffen - für die antifaschistische Alternative	Teil 2	166	Überweisung an FA XIII Strategien gegen rechts als Material (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 91/I/2017</u>	Einsatzgruppe „Rechtsextremismus“ wird gebraucht	Teil 2	171	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Wir begrüßen es, dass die Einsatzgruppe „Rechtsextremismus“ der Polizei wieder eingesetzt wird. Die Vertreter*innen der SPD im Abgeordnetenhaus sowie die Vertreter*innen der SPD im Berliner Senat werden zudem aufgefordert, die Einrichtung weiterer Einsatzgruppen in von Rechtsextremismus verstärkt betroffenen Bezirken zu prüfen.
<u>Antrag 92/I/2017</u>	100 Jahre Novemberrevolution - Land Berlin	Teil 3	173	Annahme (K)	
<u>Antrag 93/I/2017</u>	100 Jahre Novemberrevolution - SPD - Berlin	Teil 3	173	Annahme (K)	
<u>Antrag 94/I/2017</u>	Böllerfreie Zone Berlin	Teil 3	174	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 95/I/2017</u>	Aufrüstung in Deutschland verhindern	Teil 3	175	Annahme (K)	
<u>Antrag 96/I/2017</u>	Polizeistrukturen überprüfen - Präsenz in der Fläche sichern	Teil 3	176	zurückgestellt	
<u>Antrag 97/I/2017</u>	Verbot von Polizeikontrollen auf Grund von unveränderlichen äußerlichen Merkmalen	Teil 3	176	Annahme (K)	
<u>Antrag 98/I/2017</u>	Berlin muss die Stadt der Freiheit bleiben!	Teil 3	177	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 99/I/2017</u>	Personal und Ausrüstung bei der Berliner Feuerwehr erhöhen	Teil 3	184	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 40/III/2016</u>	Flexibles Ruhestandseintrittsalter für Berliner Polizisten	Teil 3	186	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Die SPD-Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, zu prüfen, ob für Berliner Polizeibeamte eine flexiblere Ruhestandseingangsregelung geschaffen wird.
<u>Antrag 77/II/2015</u>	Automatische Auskunft bei Datenspeicherung einführen	Teil 3	186	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 100/I/2017</u>	Neutralitätsgesetz beibehalten	Teil 3	188	Annahme (K)	
<u>Antrag 101/I/2017</u>	Schutz vor Spielsucht - Spielhallengesetz erweitern	Teil 3	189	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 102/I/2017</u>	Menschenrechte in der Gesetzgebung	Teil 3	190	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	
<u>Antrag 103/I/2017</u>	Ruhestandsbezüge des Bundespräsidenten	Teil 3	191	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 104/I/2017</u>	Regelung der Ruhestandsbezüge des Bundespräsidenten	Teil 3	192	Erledigt bei Ablehnung 103/I/2017 (K)	
<u>Antrag 172/I/2015</u>	Für eine Hauptstadt der Versammlungsfreiheit!	Teil 3	193	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 175/I/2015</u>	Aus Hamburger Fehlern lernen: Sonderrechtszonen ablehnen!	Teil 3	198	Erledigt durch Abwahl Henkel (K)	
<u>Antrag 105/I/2017</u>	Deutschland braucht ein Bundesministerium für Integration und Migration!	Teil 3	200	Annahme (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 42/III/2016</u>	Ausländergesetz	Teil 3	200	Annahme (K)	
<u>Antrag 106/I/2017</u>	Flexibilität von Sprachkursen	Teil 3	201	Vom Antragsteller zurückgezogen	
<u>Antrag 107/I/2017</u>	Rechtsanspruch für sogenannte Integrationskurse ausweiten	Teil 3	202	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Streichung Seite 202 Zeile 11-16 Streichung Seite 202 Zeile 23-26
<u>Antrag 108/I/2017</u>	Teilnahme an Integrationskursen	Teil 3	203	Erledigt bei Annahme 107/I/2017 (K)	
<u>Antrag 43/III/2016</u>	Gegen jeden Antisemitismus! - Nieder mit der antisemitischen BDS - Bewegung!	Teil 3	204	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 109/I/2017</u>	Die gelebte Städtepartner*innenschaft zwischen Berlin und Tel Aviv muss endlich offiziell werden!	Teil 3	205	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 44/III/2016</u>	Ein Recht auf Kultur - Kultur für Alle!	Teil 3	207	Überweisung an FA XII Kulturpolitik (K)	
<u>Antrag 110/I/2017</u>	Wiederbelebung und Reform der Sozialen Künstlerförderung des Landes Berlin	Teil 3	210	Erledigt bei Annahme 111/I/2017 (K)	
<u>Antrag 111/I/2017</u>	Künstlerförderung	Teil 3	211	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	1. Die landeseigene Artothek soll weiter ausgebaut werden, u. a. durch Ankauf von in Berlin lebenden Künstler*innen. 2. Das Konzept der Sozialen Künstlerförderung soll auf Basis der ursprünglichen Version reformiert werden. 3. Die Artothek des Landes Berlin soll infrastrukturell und personell professionalisiert werden.
<u>Antrag 112/I/2017</u>	Landesbibliothek	Teil 3	212	Annahme (K)	
<u>Antrag 113/I/2017</u>	Verweildauer öffentliche - rechtlicher Inhalte aufheben	Teil 3	213	Annahme (K)	
<u>Antrag 114/I/2017</u>	Löschung öffentliche - rechtlicher Inhalte im Internet beenden	Teil 3	214	Annahme (K)	
<u>Antrag 115/I/2017</u>	Plattformunabhängige Software - Anwendungen in der Verwaltung	Teil 3	214	Annahme (K)	
<u>Antrag 116/I/2017</u>	Plattformunabhängige Software - Anwendungen in der Verwaltung	Teil 3	215	Annahme (K)	
<u>Antrag 47/III/2016</u>	Direktvergabe des ÖPNV sichern (Bundesrat) - Öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Verantwortung sichern	Teil 3	216	Annahme (K)	
<u>Antrag 50/III/2016</u>	Kosten und Leistungen der VBB - „Monatskarte für Auszubildende/Schüler“ an das Semesterticket anpassen	Teil 3	216	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 117/I/2017</u>	Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Kinder von 6 - 16 Jahre	Teil 3	217	Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)	
<u>Antrag 118/I/2017</u>	Ausweitung des „Welcome to Berlin Tickets“ für Geflüchtete in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen	Teil 3	218	Erledigt bei Annahme 28/III/2016 (K)	
<u>Antrag 119/I/2017</u>	Schienenverkehrsinfrastruktur	Teil 3	219	Überweisung an AH-Fraktion (K)	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 120/I/2017</u>	Intelligente Verkehrslösungen für die wachsende Stadt	Teil 3	225	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 121/I/2017</u>	Mobilität für Menschen mit Mobilitätsbehinderung auch mit dem Auto sichern	Teil 3	226	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 122/I/2017</u>	Warenverkauf aus Lasträdern - Erweiterung der Straßensondernutzung	Teil 3	227	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 123/I/2017</u>	E - Ladestationen an Tankstellen	Teil 3	228	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 124/I/2017</u>	TXL dicht machen!	Teil 3	229	Erledigt bei Annahme 125/I/2017 (K)	
<u>Antrag 125/I/2017</u>	Die SPD Berlin sagt: Danke, Tegel! Danke, aber nein danke!	Teil 3	230	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	<p>Für die Berliner SPD bleibt es dabei: Der Flughafen Tegel muss geschlossen werden, sobald der BER eröffnet wird. Im Rahmen des bevorstehenden Volksbegehrens zur Zukunft des Flughafens Tegel wird die SPD Berlin daher sichtbar und aktiv für ein klares NEIN werben.</p> <p>Außerdem fordern wir den SPD-Landesverband auf, schnellstens geeignetes Informationsmaterial zu erstellen, um allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Mittel zur Verfügung zu stellen, für das Ende des Flugbetriebs, die Entlastung hunderttausender Menschen und das Konzept der Nachnutzung als Hochschul-, Gewerbe-, Arbeits- sowie Wohnstandort für tausende Menschen einzutreten.</p>
<u>Antrag 126/I/2017</u>	Keine Kapazitätserweiterungen am BER	Teil 3	231	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 81/III/2016</u>	Obdachlosigkeit bekämpfen - Infrastruktur für professionelle Hilfe ausbauen und verbessern	Teil 3	233	Erledigt bei Annahme 128/I/2017	
<u>Antrag 127/I/2017</u>	Obdachlosigkeit bekämpfen - Infrastruktur für professionelle Hilfe ausbauen und verbessern	Teil 3	234	Erledigt bei Annahme 128/I/2017	

LANDESPARTEITAG 20.05.2017 | KONSENSLISTE

Antragsnummer	Titel	Teil	Seite	Empfehlung der Antragskommission	Fassung der Antragskommission
<u>Antrag 128/I/2017</u>	Ausbau der Plätze in Notunterkünften für wohnungslose Menschen in Berlin - soziale Unterstützung sicherstellen	Teil 3	235	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	<p>Die sozialdemokratischen Mitglieder der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und des Senates sowie die SPD Berlin im Allgemeinen werden aufgefordert, sich für einen zügigen Ausbau der Belegungsplätze in Notunterkünften für wohnungslose Menschen in Berlin einzusetzen. Hierbei sollten die Unterkünfte so eingerichtet werden, dass die Menschen ihr Hab und Gut möglichst sicher verschließen können und dass es getrennte Zimmer für Männer und Frauen gibt.</p> <p>Ob Tagestreffs, Unterkünfte oder Notplätze, es sollte dabei auch immer eine soziale Betreuung geben, damit den Menschen ein Weg aus ihrer wohnungslosen Lage mit Hilfen ermöglicht wird.</p> <p>Das Land Berlin und die Bezirke prüfen lösungsorientiert Möglichkeiten der Einrichtung von Räumlichkeiten für Obdachlosenheime und Notunterkünfte</p> <p>Das Land Berlin und die Bezirke bauen die Kapazitäten an Psychiatrieplätzen und Suchttherapieplätzen konsequent aus und gewährt eine bedarfsgerechte Versorgung. Hierbei sind auch die spezifischen Probleme von Menschen ohne Krankenversicherung mit zu bedenken</p>
<u>Antrag 129/I/2017</u>	Folgen abzumildern reicht nicht - die Agenda 2010 muss weg!	Teil 3	236	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 130/I/2017</u>	Olympiastadion muss Bundesligaarena bleiben. Kein neues Stadion im Olympiapark.	Teil 3	239	Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)	Siehe Tischvorlage Neufassung
<u>Antrag 131/I/2017</u>	Flugverkehr in das Klimaschutzprogramm einbeziehen	Teil 3	241	Ablehnung (K)	
<u>Antrag 58/III/2016</u>	Änderung der Landeswahlordnung - Demokratische Wahlen transparenter gestalten	Teil 3	243	Annahme (K)	
<u>Antrag 59/III/2016</u>	Wahlalter 16 im Land Berlin	Teil 3	244	Überweisung an AH-Fraktion (K)	
<u>Antrag 62/III/2016</u>	Die SPD steht hinter dem Prinzip SpitzenkandidatInnen für Europa	Teil 3	244	Annahme (K)	
<u>Antrag 133/I/2017</u>	Konsensliste	Teil 3	246	Annahme (K)	



LANDESPARTEITAG 20.05.2017

ESTREL BERLIN

Neufassung der Antragskommission

Antrag 06/III/2016 (Seite 8)

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Silicon-Allee

Die sozialdemokratischen Mitglieder der AGH-Fraktion sowie des Senats werden aufgefordert, sich für Gute Arbeit in Startup-Unternehmen einzusetzen. Dies bedeutet unter anderem:

die öffentliche Förderung von Startup-Unternehmen an die Erfüllung arbeitsrechtlicher Bestimmungen und in Anlehnung an die Kriterien „Gute Arbeit“ des DGB zu koppeln. Ebenso ist die Genderquote in Unternehmen und Geschäftsführung ein Förderkriterium. Um die Einhaltung dieser Kriterien zu überprüfen, ist eine besondere, auf Startups eingestellte Kontrollgruppe nach dem Vergabegesetz einzurichten. die Schaffung beruflicher Ausbildungsplätze, insbesondere im Verbund, finanziell zu fördern, um gerade bei Startups und klein- und mittelständischen Unternehmen Ausbildungsplätze zu schaffen.

Weiterhin fordern wir die sozialdemokratischen Vertreter*innen Berlins im Bundesrat sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion des Bundestages dazu auf, Gesetzesinitiativen in Bundestag und Bundesrat einzubringen, welche geeignet sind

Union Busting (Gewerkschaftsvermeidung) zu unterbinden. Diese soll Arbeitnehmer*innen für den Fall ihrer Betroffenheit mit Klagemöglichkeiten ausstatten.

Den gesetzlichen Kündigungsschutz ausweiten und stärken. Unter anderem muss die Mindestanzahl an Beschäftigten eines Unternehmens für die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes abgesenkt werden, um auch Start-Ups einzuschließen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)



LANDESPARTEITAG 20.05.2017

ESTREL BERLIN

Neufassung der Antragskommission Antrag 23/I/2017 (Teil 1 Seite 35)

Antrag 23/I/2017 (Teil 1 Seite 35)

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Transparenz des Lobbyismus in der Politik fördern

Um Lobbyismus in der Politik transparent zu gestalten, fordern wir die folgenden Punkte.

1. In Deutschland wird ein verpflichtendes Lobbyregister nach amerikanischem Vorbild geschaffen. Dieses gibt Auskunft, welche Personen mit welchem Budget die Interessensvertretung für ein Unternehmen, einen Verband oder eine andere Organisation, gegenüber dem Parlament und staatlichen Organisationen übernehmen.
2. Mitglieder des Deutschen Bundestages werden dazu verpflichtet, bereits den Besitz von mehr als 5 Prozent der Stimmrechte bei Kapital- oder Personengesellschaften anzuzeigen.
3. *Nebeneinkünfte der Stufe 5 (über 50.000.- EUR) müssen von Abgeordneten nach Art und Höhe genau angegeben und veröffentlicht werden. Zudem muss immer die*der tatsächliche Auftraggeber*in genannt werden. Berufsheimnisträger sind davon ausgenommen.*
4. *Abgeordnete müssen zudem die Möglichkeit haben, ihre exakten Einkünfte auf der Website des Bundestages zu veröffentlichen. Bisher ist ihnen diese freiwillige Angabe auf der Website des Bundestages untersagt.*
5. *Abgeordnete werden dazu angehalten, ein Lobbytagebuch zu führen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hier können Sie alle relevanten Kontakte mit Lobbyist*innen eintragen und der Öffentlichkeit einen Einblick gewähren.*
6. Der Straftatbestand Abgeordnetenbestechung (Strafgesetzbuch §108e) muss verschärft werden. Dabei ist insbesondere die Strafbarkeit der nachträglichen „Belohnung“ aufzunehmen. Zudem muss der Begriff „ungerechtfertigter Vorteil“ genau definiert werden.
7. *Ab einem Spendevolumen von 10.000EUR müssen Parteispenden unmittelbar veröffentlicht werden.*
8. Der Bundestag wählt eine*n eigene*n Transparenzbeauftragte*n, die*der diese Regeln überwacht.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Neufassung der Antragskommission Antrag 134/I/2017**Antrag 134/I/2017**

Ersetzungsantrag zu den Anträgen

27/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 44), 28/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 47)

30/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 56), 31/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 56)

32/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 58), 33/I/2017 (Antragsbuch Teil 1, Seite 59)

Die Anspannung auf den Wohnungsmärkten vor allem in den Großstädten wie Berlin und den Wachstumsregionen erfordert, dass jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden, davon etwa 80.000 Sozialwohnungen und weitere 60.000 Wohnungen mit begrenzten Mieten.

Ab dem Jahr 2020 muss sich der Bund aber aufgrund der Föderalismusreform aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaues zurückziehen. Die SPD setzt sich daher für eine Änderung des Grundgesetzes ein.

Der Bund soll sich zu einer „Gemeinschaftsaufgabe – bezahlbares Wohnen für alle“ verpflichten, mit der die Aktivitäten von Bund, Ländern und Gemeinden zur Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gebündelt und mit einer ausreichenden Finanzierung ausgestattet werden.

Bezahlbares Wohnen im Bestand sichern und Entmietungen stoppen – soziales Mietrecht schaffen

Die Situation am Wohnungsmarkt ist insbesondere in den Großstadtreionen erheblich angespannt. Einerseits fehlen günstige Mietwohnungen in genügender Anzahl, andererseits treibt Wohnraumspekulation Preise für Baugrundstücke und Bestandsimmobilien in die Höhe.

Die Berliner SPD kämpft seit jeher für eine Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit gutem und bezahlbarem Wohnraum. Dafür wurde seit den 50er Jahren der Bau hunderttausender Miet- und Sozialwohnungen gefördert. Wir haben sowohl die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften als auch die Genossenschaften unterstützt und gefördert, denn sie leisten einen entscheidenden Beitrag, Mieterinnen und Mieter vor steigenden Mieten zu schützen. Öffentliche Wohnungen im Eigentum des Landes Berlins unterliegen einem Verkaufsverbot.

Aber weitere Maßnahmen sind nötig, um Menschen nachhaltig vor Verdrängungseffekten zu schützen und um günstigen Wohnraum in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

Dazu gehört u.a., dass wir die Anzahl öffentlicher Wohnungen im Berliner Wohnungsbestand bis zum Jahr 2026 auf mindestens 400.000 Wohnungen erhöhen. Wir wollen die Wohnungsbauförderung in Berlin weiter ausbauen. Die „kooperative Baulandentwicklung“ muss in allen Bezirken konsequent durchgesetzt werden. Die Instrumente des Erhaltensrechts müssen berlinweit konsequent angewendet werden, Senat und Bezirke hier effizient kooperieren.

Wir setzen uns für ein Berliner Leerstandregister ein, mit dem Ziel, einen Überblick über die Anzahl an brachliegenden Immobilien und nicht-genutzten Gebäuden sowie deren Quadratmeteranzahl zu erhalten.

Mieterhöhungen begrenzen

Im Mietspiegel sollen Mietverträge der letzten zehn Jahre berücksichtigt werden. Bei Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung soll die Kappungsgrenze von bisher 15 Prozent in drei Jahren auf 15 Prozent in fünf Jahren verändert werden.

Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen deutlich erschweren

Innerhalb von Erhaltungssatzungsgebieten (Milieuschutz usw.) muss der Verwaltung ein wirksames Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden, um die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen verbieten zu können. Die augenblicklichen Regeln bieten zu viele Schlupflöcher für Spekulanten. Milieuschutzgebiete sind stadtweit zu prüfen und die Kulisse erheblich auszudehnen.

Sozialdemokratische Wohn- und Mietenpolitik für den Bund

Die Berliner SPD fordert den Bund auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Mieterinnen und Mietern in Deutschland ein bezahlbares Wohnen ermöglichen und rechtliche Standards schaffen.

Mietpreisbremse funktionsfähig ausgestalten

Die bestehende Mietpreisbremse muss verschärft und zu einem besser funktionierenden Instrument weiterentwickelt werden. So ist bei einem Wohnungswechsel grundsätzlich und ohne Aufforderung sicherzustellen, dass der Vermieter, dem Nachmieter die Miethöhe des Vormieters mitzuteilen hat. Zuwiderhandlungen sollen geahndet und sanktioniert werden. Ausnahmen für überteuerte Bestandsmieten sind zu streichen.

Das Mietrecht sozial ausgestalten

Das Mietrecht muss auf Bundesebene weiterentwickelt und durch folgende Maßnahmen sozial gerechter ausgestaltet werden:

Anschaffungs- und Installationskosten für zusätzliche Maßnahmen in Mietwohnungen dürfen nicht nach §2 Nr. 17 der Betriebskostenverordnung durch Anmietung umgelegt werden, sofern nach §559 BGB schon die Weitergabe der Kosten an den Mieter als Modernisierung eingeräumt wurden.

Ersatzansprüche, die von Dritten an den Vermieter herangetragen werden, dürfen im Rahmen der Haftpflichtversicherung nicht auf den Mieter umgelegt werden. Ebenso verhält es sich mit den Kosten für Kleinreparaturen. Die „Kleinreparaturklausel“ wird abgeschafft.

Außerdem schafft der Bund gemäß dem Berliner Vorbild, eine gesetzliche Grundlage, um durch Kollektivverträge mit den Mieterschutzorganisationen einkommensschwachen Mieterinnen und Mietern einen verbesserten Rechtsschutz zukommen zu lassen.

Wir wollen das Wirtschaftsstrafrecht verschärfen und konsequenter anwenden, um überhöhten Mietforderungen Einhalt zu bieten (Wucherparagraphen).

Mieterhöhungen nach Modernisierungen sozialverträglich gestalten

Viele Mieterinnen und Mieter leiden derzeit unter Mieterhöhungen infolge unverhältnismäßiger Modernisierungsmaßnahmen und aufgrund von energetischen Wohngebäudesanierungen.

Grundsätzlich muss gelten: Mieter müssen vor „sozialer Härte“ geschützt werden. Die gesetzliche Duldungspflicht muss mieterfreundlicher geregelt werden.

Darüber hinaus wollen wir Mietpreissteigerungen infolge von (zum Teil zweifelhaften) Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen verhindern und die gesetzliche Möglichkeit der Umlage angefallener Kosten durch folgende Maßnahmen begrenzen.

Die Modernisierungsumlage soll auf 6 % und maximal 10 Jahre begrenzt werden.

Energetische Maßnahmen müssen auch tatsächlich Heizkostenersparnisse für Mieterinnen und Mieter nach sich ziehen. Die Wirtschaftlichkeit ist durch den Vermieter nachzuweisen. Für Streitfälle zwischen Mieter und Vermieter über Kosten und Nutzen sind unabhängige Schiedsstellen einzurichten.

Unterlassene Instandhaltung darf nicht zu Lasten der Mieter gehen. Die umlegbaren Kosten bei Modernisierungen und energetischen Sanierungen sind daher auf eine maximale Höhe pro Quadratmeter Wohnfläche zu deckeln.

Um „warmmietneutrale Sanierungen“ zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Förderprogramm des Bundes ein, welches sich an der Einsparung von CO₂ orientiert und in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden eingesetzt wird.

„Share Deals“ verhindern

In zunehmendem Maße stellen wir fest, dass mit Hilfe sogenannter „Share Deals“ Immobiliengeschäfte getätigt werden, bei denen die Entrichtung der Grunderwerbssteuer umgangen wird. Hierbei kommt es nicht zum Verkauf der Immobilie, sondern zum Verkauf der Anteile an der Gesellschaft.

Als Berliner SPD unterstützen wir die Bundesratsinitiative des Berliner Senats und fordern, die Praxis von „Share Deals“ durch folgende Maßnahmen zu erschweren:

Der Prozentsatz, der von einem oder mehreren weiteren Eignern an einer Gesellschaft gehalten wird, soll von 5 auf 25 Prozent gesteigert werden. Hierdurch wird – wegen der Kontrollrechte von Minderheitsgegnern – eine solche Konstruktion weniger attraktiv. Die Mindesthaltedfrist bei Personengesellschaften soll auf 10 Jahre ausgedehnt werden und die Möglichkeit, anonyme Gesellschaften über Steuerfluchtländer einzuschalten, wird eingeschränkt.

Neubau und Ausbau stärker fördern – eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik des Bundes einfordern

Ohne bezahlbaren Grund und Boden ist kein bezahlbarer Wohnungsneubau möglich.

Daher muss der Bund seiner Verantwortung gerecht werden und seine Liegenschaftspolitik nach dem Vorbild der Berliner Liegenschaftspolitik ausrichten. Demnach dürfen Grundstücke und Immobilien im Bundesbesitz künftig nur mit Vorkaufsrecht für Städte und Kommunen und nur zum Verkehrswert veräußert werden.

Anstelle des aktuell praktizierten Höchstpreisverfahrens tritt ein Konzeptverfahren, welches den gesellschaftlichen Mehrwert einer Grundstücks- und Immobiliennutzung berücksichtigt.

Um das Mietniveau dauerhaft zu sichern, muss bundesweit ein ausreichend großer Bestand an kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungen vorhanden sein, geschaffen werden, darunter ein deutlich höherer Anteil von Sozialwohnungen.

Deshalb setzen wir uns für einen Grundstücks- und Immobilienfonds des Bundes ein, mit dem Ziel systematisch Bauland und Bestandsimmobilien aufzukaufen, um diese einer öffentlichen Nutzung durch Städte und Kommunen zugänglich zu machen. Das Hauptaugenmerk liegt hier bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Verhandlungen sind insbesondere mit der Deutschen Bahn aufzunehmen.

Förderung von Genossenschaften

Um das Wohnungsangebot für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu erweitern, sind Genossenschaften durch Wohnraumförderung, das Bereitstellen von Grundstücken und durch Kooperationen beim kommunalen Vorkaufsrecht stärker zu unterstützen.

Damit auch Geringverdienende die Chance auf eine Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erhalten, sollen die Genossenschaften durch Nachrangdarlehen und Bürgschaften unterstützt werden. Für Transferleistungsbezieher soll eine Übernahme der Genossenschaftsanteile grundsätzlich durch die Jobcenter erfolgen.

Städtebauförderung aufstocken und weiterentwickeln – Energiewende von unten

Die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe hat sich bewährt und soll weiter ausgebaut werden.

Besonderer Handlungsbedarf besteht in den nächsten Jahren beim „energetischen Stadtumbau“. Ziel muss es sein, Stadtquartiere mit besonders hohem Sanierungsbedarf zu lokalisieren und Maßnahmen zu ergreifen, um einerseits CO₂-Emissionen zu reduzieren und andererseits Wertschöpfung vor Ort und damit eine „Energiewende von unten“ einzuleiten.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme (K)



LANDESPARTEITAG 20.05.2017

ESTREL BERLIN

Antrag 71/II/2015 (Teil 2 Seite 149)

Jusos LDK

Der Landesvorstand möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Fasst Euch ein Herz – Organspendepraxis verbessern

Die Etablierung der Organtransplantation in den 1950er Jahren ist zweifellos ein Meilenstein in der Medizingeschichte und rettete bis heute ungezählten Menschen das Leben. Eine Reihe von Skandalen in der Zuweisung von Organen um das Jahr 2012 führte aber zu einem alarmierenden Einbruch der Spendenzahlen, der bis heute nicht überwunden ist. Um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und insgesamt einen höheren Erfolg bei Organtransplantationen zu erreichen, sollen daher folgenden Maßnahmen beschlossen werden:

Forderung: Das Transplantationsgesetz soll dahingehend überarbeitet werden, dass alle in Deutschland verstorbenen Personen grundsätzlich als Organspender*innen gelten und diesen Status erst durch einen schriftlichen Widerspruch verlieren. Alle Staatsbürger*innen mit Wohnort in Deutschland müssen in regelmäßigen Abständen über die relevanten medizinischen und organisatorischen Aspekte der Organspende informiert sowie deutlich erkennbar auf die Möglichkeit zum Widerspruch hingewiesen werden.

Zu prüfen ist auch die Einführung einer separaten Information und Widerspruchsmöglichkeit für Personen, die sich nur kurzzeitig im Bundesgebiet. Vor jeder Organentnahme muss überprüft werden, ob zu Lebzeiten ein Widerspruch eingelegt wurde. Jede*r muss einen Widerspruch unkompliziert und kostenfrei erklären können. Die Widerspruchslösung wird gültig mit Eintritt in die Volljährigkeit. Bei potentiellen minderjährigen Organspender*innen sollen die nächsten Angehörigen dem mutmaßlichen Willen des oder der Minderjährigen entsprechend über eine Organspende entscheiden. Bei Personen, die wegen geistiger Behinderung, langfristiger Bewusstlosigkeit o. ä. zu keinem Zeitpunkt als Erwachsene Widerspruch einlegen konnten, entscheiden die Angehörigen über eine Organspende.

Begründung: Im Jahr 2013 standen in Deutschland 876 tatsächlichen Organspenden über 10.000 bedürftige Patienten*innen gegenüber. Dieses Missverhältnis ist hauptsächlich durch eine geringe Mobilisierung der Bevölkerung zu erklären: Obwohl 68 % der Menschen zu einer Organspende bereit sind, besitzen nur 28 % einen Spendenausweis und gaben damit eine eindeutige Entscheidung ab. Von 1.370 potentiellen Organspenden 2013 wurden 402 durch die Ablehnung der Angehörigen verhindert. Um diesen umfassenden Mangel zu beheben und für klare Entscheidungen zu sorgen, wird gemäß des Votums des 113. Ärztetag aus dem Jahr 2010 eine Widerspruchslösung nach Vorbild Österreichs, Belgiens und anderen Ländern eingeführt.

Kein Votum der Antragskommission

Neufassung der Antragskommission Antrag 172/I/2015 (Teil 3 Seite 193)**Antrag 172/I/2015 (Teil 3 Seite 193)****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine Hauptstadt der Versammlungsfreiheit!****Die Versammlungsfreiheit – Eckpfeiler der Demokratie**

Eines der elementarsten Menschenrechte ist die Versammlungsfreiheit und das muss sie auch bleiben. Im Grundgesetz (GG) wird sie in Art. 8 als Grundrecht abgesichert. Sie ist kein Übel, sondern eine **Bedingung der Demokratie**. Mit allen Mitteln muss sie geschützt werden und darf nur bei schwerwiegenden Gründen minimal eingeschränkt werden. Hürden, die die Teilnahme erschweren oder einschränken könnten, dürfen nicht aufgebaut und – wenn möglich – müssen sie aktiv beseitigt werden. Dieser Aufgabe sind alle Verfassungsorgane verpflichtet. In dem bekannten **Brokdorf-Urteil** stellt das Bundesverfassungsgericht 1985 klar, dass keinesfalls leichtfertig Hand an die Versammlungsfreiheit gelegt werden darf.

Die Möglichkeit der freien Versammlung dient nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur der „ungehinderten Persönlichkeitsentfaltung“, sondern die Versammlungsfreiheit unterstützt insbesondere die Einflussnahme auf die politische Willensbildung. Sie bildet damit ein „wesentliches Element demokratischer Offenheit und gewährleistet so „ein Stück ursprünglicher ungebändigter unmittelbarer Demokratie“. Nach dieser Rechtsprechung ist die Versammlungsfreiheit somit „für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung konstituierend“.

Zentrales Regelwerk für Versammlungen ist das Versammlungsgesetz des Bundes (VerSG). Zwar haben die Länder seit der Föderalismusreform 2006 die Kompetenz der Gesetzgebung für das Versammlungsrecht. Bis aus wenige Ausnahmen gilt im Land Berlin das Versammlungsgesetz des Bundes jedoch bislang fort.

I. Allgemeine Grundsätze für die Schaffung eines eigenen Berliner Versammlungsgesetzes

Berlin ist mit im Schnitt 5000 Demonstrationen im Jahr die Hauptstadt der Versammlungen. Hier wird am besten demonstriert, weil hier viele Adressat*innen des Protestes sitzen.

Vor diesem Hintergrund stellt es eine gewaltige Herausforderung dar, ein Versammlungsrecht zu schaffen, dass eine ungestörte und grundrechtskonforme Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit ermöglicht. Die Berliner Landespolitik will sich diesen Herausforderungen stellen und deswegen von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch machen, ein eigenes Landesgesetz zu verabschieden. Dies sieht auch der Koalitionsvertrag vor. Danach soll ein Gesetz erarbeitet werden, „das als deutschlandweites Vorbild für ein demokratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsrecht dienen kann“.

Dabei muss sichergestellt werden, dass unser sozialdemokratisches Verständnis vom Versammlungsrecht im Rahmen der strengen verfassungsrechtlichen Vorgaben für dieses Gesetz prägend wird. Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Grundsatz gewahrt bleibt: „Im Zweifel für die Versammlungsfreiheit“. Das setzt voraus, dass die Versammlungsfreiheit nicht durch unangemessene und übertreibende Sicherheitsanforderungen – wie teilweise in anderen Bundesländern geschehen – eingeschränkt wird.

Um diese Ansprüche erfüllen zu können, ist es erforderlich, einen umfassenden Diskussionsprozess zu organisieren, der die Bedeutung der Versammlungsfreiheit für unsere Demokratie widerspiegelt. Um ein verfassungsfestes und demokratiestärkendes Gesetz zu schaffen, müssen daher alle Beteiligten

1 (Zivilgesellschaft, Datenschutzbeauftragte, Polizei und Verwaltung, Versammlungsrechtsexpertinnen und
2 Experten usw.) an der Willensbildung angemessen beteiligt werden. Auch sind alle zur Verfügung stehenden
3 Erkenntnisquellen (Vergleich mit den Gesetzen anderer Länder, Gerichtsentscheidungen, Anhörungen,
4 Studien usw.) zu nutzen.

5
6 Vor diesem Hintergrund setzt ein neues Gesetz, das sich vom Bundesgesetz bewusst abgrenzen und dies
7 freiheitlich weiter entwickeln will, eine besonders sorgfältige Abwägung und Analyse mit der vorhandenen
8 Rechtsprechung voraus. Die Einbeziehung entsprechender Expertinnen und Experten ist daher zwingend
9 geboten.

10
11 Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass der hohe Rang der Versammlungsfreiheit dazu geführt hat, dass dem
12 Gesetzgeber **enge verfassungsrechtliche Grenzen** gesetzt sind, die sich aus einer umfänglichen
13 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Verwaltungsgerichte ergeben. Von zentraler
14 Bedeutung ist dabei die Wahrung des Grundsatzes der **Verhältnismäßigkeit**.

15
16 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)***



LANDESPARTEITAG 20.05.2017

ESTREL BERLIN

Neufassung der Antragskommission

Antrag 43/III/2016 (Teil 3 Seite 204)

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS -Bewegung ("Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina")!

Forderungen

Wir stehen solidarisch zu Israel, die Anerkennung von Israels Recht auf Existenz und Selbstverteidigung ist für uns nicht verhandelbar.

Wir verurteilen den weitverbreiteten antizionistischen Antisemitismus aufs Schärfste.

Wir stellen uns gegen die antisemitische BDS-Kampagne ("Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina").

Wir kämpfen gegen jeden Antisemitismus, egal, wo und wie er sich äußert. Deswegen setzen wir uns in Deutschland gegen die BDS-Kampagne ein.

Wir fordern die SPD-Gliederungen auf, sich nicht an der BDS-Kampagne zu beteiligen oder Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Bewegung beteiligt ist, unterstützen.

Wo die SPD in Bündnissen vertreten sind, setzen wir uns gegen jegliche Form der Kooperation mit Vereinigungen die Unterstützer*innen der BDS-Kampagne sind, ein. Unserem Verständnis nach, brauchen wir keine Querfront, um unsere gesellschaftlichen Forderungen zu erreichen.

Weiterhin werden wir uns in Zukunft mit der BDS-Kampagne in ihrer Ausprägung in verschiedenen Ländern und Regionen beschäftigen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)



LANDESPARTEITAG 20.05.2017

ESTREL BERLIN

Neufassung der Antragskommission

Antrag 129/I/2016 (Teil 3 Seite 236)

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit

Wir begrüßen die Vorschläge des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz zu einer Reform der Hartz-Gesetzgebung durch ein „Arbeitslosengeld Q“. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung in die SPD als Kraft der sozialen Gerechtigkeit zurückgewinnen.

Darüber hinaus sind folgende Schritte schon für das kommende Wahlprogramm als Mindeststandards unverzichtbar:

- Sofortiger Stopp der Sanktionen – einschließlich der verschärften Maßnahmen gegen junge Menschen
- Anhebung des ALG II-Satzes auf das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geforderte Niveau, um sozio-kulturelle Teilhabe zu sichern
- Bezugsdauer des ALG I und Vermögensfreibeträge für ALG II bei allen Altersgruppen anheben
- Arbeitsverhältnisse absichern: Kündigungsschutz wieder stärken, Zeitarbeit und andere befristete Arbeitsverhältnisse weitereinschränken
- Paritätische Finanzierung der Sozialabgaben wiederherstellen, also den Arbeitgeber*innen-Anteil anheben
- Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Krankenversorgung und den fixen Selbstkostenanteil abschaffen sowie eine umfassende Bürger*innenversicherung einführen
- Über Vermögen, Erbschaften und höhere Einkommen viel stärker zur Finanzierung des Sozialstaates heranziehen

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)

Neufassung der Antragskommission**Antrag 130/I/2017 (Teil 3 Seite 239)****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Olympiastadion soll Bundesligaarena bleiben.**

Die Pläne von Hertha BSC, ab 2025 in einem eigenen, auf dem Gelände des Olympiaparks Berlin errichteten Stadion zu spielen und das Olympiastadion allenfalls für wenige Spiele zu nutzen, aber weiterhin auf Teile seiner Infrastruktur zuzugreifen sehen wir kritisch.

Wir wollen nicht, dass das erst zur Fußball-WM 2006 mit erheblichen Aufwand sanierte Olympiastadion Berlin zu einer lediglich selten genutzten musealen Tourismusattraktion herabgestuft wird. Zudem würde mit der neuen Veranstaltungsstätte ein ruinöser Wettbewerb zum Olympiastadion, der Waldbühne und anderen großen Veranstaltungsstätten in der Stadt eingeleitet.

Der Senat sollte nicht durch Überlassen eines Grundstückes zulassen, dass Hertha BSC den Olympiapark Berlin und die in Umfang und Art wichtigen Sportanlagen durch den Bau eines Stadions mit über 55.000 Plätzen neu strukturiert und in seinem einmaligen historischen Charakter vollkommen verändert. Damit würden auch bestehende Sportanlagen und die Bildungsstätte der Landessportjugend überbaut und der wachsenden Stadt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Allerdings erkennen wir das Bedürfnis von Hertha BSC und vielen Fußballfans nach einer atmosphärisch dichteren Fußballarena an.

Der Senat wird deshalb aufgefordert, unverzüglich mit Hertha BSC und der Olympiastadion GmbH Gespräche aufzunehmen, um zu prüfen, ob und wie das Olympiastadion im Inneren so umgebaut werden kann, dass es den Ansprüchen an eine atmosphärisch dichte Fußballarena entspricht.

Ein möglicher Umbau im Innenbereich des Olympiastadions darf die Außenansicht des Olympiastadions in seiner einzigartigen historischen Art dabei nicht verändern.

Gleichzeitig wird der Senat aufgefordert, den Jahn-Sportpark so zu sanieren, dass dort große Leichtathletik-Veranstaltungen nach internationalen Standards durchgeführt werden können.

Wir appellieren zudem an Hertha BSC, mit dem Senat über eine gemeinsame Zukunft im Olympiastadion Berlin zu sprechen. Hertha BSC sollte als Zeichen des guten Willens sofort seine Pläne für einen Stadionumzug nach Brandenburg und damit die Verlagerung des seit 125 Jahren in Berlin beheimateten Traditionsvereins in ein anderes Bundesland aufgeben. Berlin und Hertha BSC gehören zusammen. Mit dieser Tradition sollte Hertha BSC gerade im 125. Jahr der Gründung des Vereins nicht leichtfertig umgehen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission (K)



LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 20. MAI 2017